

Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzlande

Grenzfriedensbrief Nr. 4

1. Im Briefwechsel mit der anderen Seite

An Herrn Jensen in Dänemark

Husum, den 12. September 1951

Sehr geehrter Herr Jensen!

Ich danke Ihnen, daß Sie den Briefwechsel, der sich zwischen uns entwickelt hat, nicht abreißen lassen. Bei aller Unterschiedlichkeit unserer Auffassung glaube ich doch, daß auf beiden Seiten der gute Wille zum gegenseitigen Verstehen vorhanden ist, und es ist wohl so, daß man am Gegenteil auch über sich selber an Klarheit gewinnt.

Mir wurde vor einigen Monaten H. P. Clausens Darstellung der schleswischen Geschichte zugestellt. Sie werden sie auch kennen. Inzwischen hat er mich einmal persönlich aufgesucht. Ich würde es begrüßen, wenn wir in kleinerem Kreise die Schrift durchsprechen und vielleicht zu einer Angleichung der verschiedenen Ansichten gelangen könnten. Solches Ergebnis könnte dann wohl Voraussetzung und Grundlage sein für ein Geschichtsbuch, das wir in deutschen sowohl als in dänischen Schulen benutzen könnten. Ich habe die Angelegenheit auch mit Herrn Novrup von Mellefolkeligigt Samvirke besprochen. Ich weiß aber, daß die Sache nicht schnell gehen wird. Es sind noch viele grundsätzliche Fragen zu klären und tiefliegende Ressentiments zu überwinden. Dazu gehört besonders die verschiedene Stellungnahme zu den Ereignissen von 1848 und 64. Sie können Bismarck die „Eroberung von 1864“ nicht vergessen. Ich sage, die „Eroberung“ wäre nicht gekommen, wenn Dänemark das Londoner Protokoll innegehalten hätte. Das Londoner Protokoll wäre nicht beschlossen worden, wenn nicht die schleswig-holsteinische Erhebung gekommen wäre, und die Erhebung, die Sie „Oprör“ nennen, wäre nicht erfolgt, wenn sich nicht die beiden Nationen im Zuge der Zeit ihrer Nationalität bewußt geworden wären. So löst eins das andere aus. Es ist müßig, bis ans Ende gehen und sich über Recht und Unrecht in der Vergangenheit streiten zu wollen. Es handelt sich für uns darum, daß heute kein neues Unrecht geschieht, und da ist der empfindliche Punkt. Wir anerkennen das Recht der Völker auf Pflege ihres Volkstums uneingeschränkt. Wir gestehen auch jedem uneingeschränkt das Recht zu, zu entscheiden, zu welchem Volk er gehören will. Sie werden aber begreifen, daß man den Kopf schüttelt, wenn in Seeth oder Drage, Eiderstedt und Husum Menschen sich für Dänemark entscheiden, die kaum mehr über Dänemark wissen, als daß es im Norden liegt, genau so wie Claus Eskildsen es instinktiv unnatürlich fand, daß ein Mann von Langeland

seine Kinder eine deutsche Minderheitenschule in Nordschleswig besuchen ließ. Aber ich sage mit ihm: Auch die sollen ihren Willen haben.

Sie werden auch verstehen, daß wir genau wissen, daß die vielen Tausende, die nun den nationalen Wechsel vollziehen, nur durch die deutsche Niederlage dazu veranlaßt wurden. Sie werden es aber mit uns nicht schön finden, wenn Menschen in der Not ihr Volk im Stich lassen, selbst, wenn dies Volk selber schuld ist. Wir wissen freilich auch, daß durch das Geschehen der Kriegs- und Vorkriegsjahre und die grausigen Erlebnisse der Bombennächte die Nerven bei den allermeisten derart zerrüttet waren, daß in jenen Tagen Entschlüsse gefaßt wurden, die manche nachher bedauert und rückgängig gemacht haben. Das ändert aber nichts daran, daß man von vielen, die sich heute zu Dänemark bekennen, sagt: Früher dachten sie anders, und das hat manchmal Handlungen und Beschlüsse zur Folge gehabt, die wir beide bedauern, aber nicht verhindern können.

Das alles wird sich mit der Zeit ändern. Viele meinen auch, daß der Verlust für Deutschland nicht sonderlich groß ist, der Gewinn für Dänemark zweifelhaft. Ich denke freilich anders. Die Dinge nehmen ihren Lauf, und wir müssen sehen, wie wir mit ihnen fertig werden. Ich kann verstehen, daß Dänemark die Situation ausnußt. Es wäre aber schade, wenn bei uns die Einstellung kommen sollte: Nun gut, diesmal sie, ein andermal wir.

Wir müssen zu einem für beide Seiten tragbaren und für die Dauer haltbaren Ende kommen.

Ich habe vor einiger Zeit vor einem kleinen Kreis in Magleas ausführlicher über diese Dinge gesprochen und erlaube mir, eine Abschrift meine Vortrags Ihnen und Ihrem Freundeskreis beizufügen. Ich weiß nicht, ob Sie sich die Zeit nehmen wollen, ihn zu lesen. Sie werden vielem darin nicht beipflichten können. Ich möchte aber als Deutscher, der Dänemark schätzt, gerne helfen, wegzuräumen, was zwischen uns liegt.

Mit freundlichem Gruß und vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener

D. Hansen

Dänemark, den 25. September 1951

Sehr geehrter Herr Hansen!

Entschuldigen Sie, daß ich Ihren Brief vom 12. dieses Monats erst heute beantworte. Ich wollte Ihren Vortrag gerne in Ruhe erst lesen und dann Ihnen antworten.

Eigentlich bin ich mit Ihnen kaum uneinig und kann im wesentlichen Ihren Ausführungen und Zielsetzungen zustimmen. Aber es gibt doch gewisse Dinge, die ich in Ihrem Vortrag vermissen, und wenn Sie sie aufgenommen hätten, wären Ihre Beweisführungen wahrscheinlich etwas anders ausgefallen.

Das eine ist: In der erstaunlich großen Wählermasse von 1947 vermißt man bei Ihnen eine Kategorie, die dänisch stimmte. Diese Kategorie darf man nicht übersehen, wenn man das verstehen will, was man den nationalen Gesinnungswechsel in Südschleswig nennt. Und diese Kategorie findet sich nicht

unter den 35000, die Dänemark seit 1947 wieder verloren hat. Ich denke an die vielen, die vor der Kapitulation in ihrem Herzen schon dänisch waren, ihre Gesinnung aber verbergen mußten, weil sie die eine oder andere, wenn auch noch so bescheidene Verbindung zu öffentlichen Behörden hatten und in Bezug auf ihr tägliches Brot von ihnen abhängig waren. Das konnte ein Wegearbeiter sein oder ein Postbote, oder eine Witwe, die im Rathaus oder in einer Schule als Reinmachefrau angestellt war. Wir wissen ja, wie sie behandelt wurden und leider heute noch behandelt werden, wenn sie dänische Sympathieen äußern. Und wir wissen auch, daß das Nationalgefühl erst in zweiter Linie kommt, wenn Frau und Kinder hungern.

Als die Kapitulation kam, wurde es für diese vielen plötzlich möglich, sich frei zum Dänentum zu bekennen, und es zeigte sich, daß es viel mehr waren, als man in der Zeit zwischen den Kriegen vermutete.

Die zweite Einwendung, die ich machen möchte, bezieht sich auf Ihre Äußerung über die Deutschen in Nordschleswig und ihre Behandlung durch Dänemark. Sie behaupten, daß man sich in einer Entwicklung befand, die einer verantwortungsbewußten kulturellen Betreuung nahe kam. Dann kam die deutsche Kapitulation und mit ihr die restlose Zerstörung der Kultureinrichtungen der deutschen Minderheit. Hier fehlt etwas Wesentliches, das ich trotz der Peinlichkeit der Angelegenheit erwähnen muß.

Der Bruch in der kulturellen Betreuung geschah nicht bei der Kapitulation sondern im April 1940 und kam nicht von der dänischen Seite.

Ihren Plan, ein gemeinsames Geschichtsbuch für deutsche und dänische Schulen zu schaffen, habe ich mit einigen meiner Freunde besprochen. Wir stehen diesem Plan durchaus sympathisch gegenüber und möchten ihn auf die Heimatkunde- und Lesebücher ausdehnen, werden uns auch gestatten, demnächst mit konkreten Vorschlägen zu kommen.

Und zum Schluß noch ein paar Bemerkungen und Einwendungen. Sie schreiben „die Eroberung von 1864“ — und setzen sie in Anführungsstriche, warum? Es war doch unbestreitbar eine Eroberung — und sagen, sie wäre nicht gekommen, wenn Dänemark das Londoner Protokoll innegehalten hätte. Aber Herr Schulrat! Können Sie so oberflächlich Ihren Bismarck? Die Innehaltung des Londoner Protokolls hätte Dänemark nicht im geringsten geholfen. Bismarck hätte nur einen anderen Vorwand benutzt, um zu erreichen, was er wollte, dieser gewissenlose Jesuit in all seiner Politik!

Sie schreiben: Ich kann verstehen, daß Dänemark die Situation ausnutzt. Finden Sie wirklich, daß Dänemark die Situation zu seinem eigenem Vorteil ausnutzt? Denken Sie nur daran, wie Bismarck oder Lübke diese Situation ausgenutzt haben würden!

Ich bin aber froh, daß wir uns persönlich kennengelernt haben. Das macht alles viel leichter. Man kann schreiben, ohne zu fürchten, daß man mißverstanden wird.

Ich freue mich, wieder von Ihnen zu hören, wenn Sie Zeit haben.

Und verbleibe mit freundlichem Gruß Ihr ergebener

Jensen

Husum, den 1. Oktober 1951

Sehr geehrter Herr Jensen!

Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie auf meine Ausführungen zu den verschiedenen Fragen der südschleswigschen Angelegenheiten eingegangen sind. Es liegt in der Natur der Sache, daß jeder seine eigene Schau hat, aber das kann die Erfassung des Wesentlichen nur fördern.

Die Kategorie der stillen Dänen ist von mir nicht übersehen worden, sondern gleich als erste auf der ersten Seite genannt worden. Sie waren in den einzelnen Orten uns allen bekannt. Ich weiß nicht, ob ihnen was geschehen wäre, wenn sie sich als Dänen bekannt hätten oder zur Wahl gegangen wären. Ich gebe unumwunden zu, daß Dinge, die Sie andeuten, die ich freilich aus meiner Erfahrung nicht bestätigen kann, möglich gewesen sind. Das gab es auch in Nordschleswig. Das gibt es sogar zwischen den einzelnen Parteien heute noch in Deutschland. Darin habe ich einige Erfahrung. Grundgesetz und Kieler Erklärung wollen in dieser Richtung Beruhigung schaffen, und dies Beruhigung geht so weit, daß heute Mitglieder der SSV an deutschen Schulen unterrichten. Es ist gerade vor wenigen Tagen die Frage aufgeworfen worden, ob das wirklich angängig ist. Ich würde mich freuen, Ihre Meinung dazu zu hören.

Dann die Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit 1945. Die Dinge liegen noch zu nahe und sind zu empfindlich, als daß man ein vorbehaltloses Urteil darüber erwarten kann. Ich gebe Ihnen unumwunden zu, daß die Besetzung Dänemarks am 9. April 1940 ein Völkerrechtsbruch war, der von allen besonnenen Deutschen auch in Nordschleswig verurteilt wurde, wie überhaupt dieser vom Zaun gebrochene, aber vom Schicksal wohl gewollte Krieg als Werk des Teufels von niemandem gebilligt werden kann. Aber wer will Krieg? Wer will ihn heute? Wessen Land wird das nächste Mal als erstes von den „Großen“ besetzt werden, mit seiner Zustimmung oder gegen sie? Damals waren es Polen, Holland, Belgien, Dänemark, Island und Persien. Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Hitler war nicht der einzige Blinde oder Kurzsichtige. Ich kann aber die Bitterkeit voll verstehen die in Dänemark gegen uns herrschen muß. Diejenigen meiner Freunde, die während des Krieges dort oben gewesen sind, denken genau so.

Ich kann auch verstehen, daß aus dieser Bitterkeit heraus, um nicht zu sagen, aus diesem Haß, das offizielle Dänemark trotz der Warnung Besonnener sich 1945 zu den Maßnahmen gegen die Minderheit hinreißen ließ, die mancher heute ungeschehen machen möchte. Es ist an der Zeit, daß man wieder zu gesunden Überlegungen kommt, den einzelnen Betroffenen gegenüber und gegenüber der Minderheit insgesamt. Ich kann verstehen, daß man die Schulen und Einrichtungen, die aus Mitteln der Nationalbank finanziert wurden, beschlagnahmt. Auch uns kamen damals diese Gründungen unnatürlich vor. Aber das, was in mühsamer Sammelarbeit bis 1940 geschaffen wurde, muß der Minderheit wieder ausgehändigt werden, wenn nach Recht und Billigkeit gehandelt werden soll. Ich sagte, Dänemark sei auf dem besten Wege zu einer verantwortungsbewußten Minderheitenbetreuung gewesen. Sie haben Recht,

der 9. April 1940 war die Ursache, daß dieser Weg aufgegeben wurde. Deutschland ist schuld an der Unbesonnenheit Dänemarks. Aber sollte Dänemark nun nicht seinen Harm soweit vergessen haben, daß es begangene Fehler wieder berichtigt?

Dann muß ich Ihnen doch auch sagen, daß die von mir anerkannte pflegliche Behandlung unserer Minderheit nicht etwa mit 1940 aufhörte. Ich erinnere daran, daß der Amtmann von Tondern uns während des Krieges die schöne Gemeindeschule in Saxburg baute, die wirklich alles darstellte, was eine Minderheit erwarten konnte. Sollte man nicht überhaupt wieder darüber reden können, ob die Privatschulen nicht richtiger durch Gemeindeschulen ersetzt werden, wenn die Bedingungen dafür vorhanden sind?

Ich bin ja im Gegensatz zu vielen meiner Freunde der Meinung, daß der Staat voll und erschöpfend die Pflege der Minderheit übernehmen soll. Es ist ein unwürdiger Zustand, daß Steuergelder, die auch von der Minderheit aufgebracht werden, ihr auf kulturellem Gebiet nicht zugute kommen sollen und womöglich gebraucht werden, um auf „demokratischem“ Wege sie zum Erliegen zu bringen. Wir müssen die Lebensverhältnisse der Minderheit so gestalten, daß sie dieselben Lebensmöglichkeiten hat wie die Mehrheit und es nicht nötig hat, sich von dritter Seite Hilfe zu erbetteln oder sich aufdrängen zu lassen. Ich weiß, wir sind noch lange nicht so weit. Ich bin aber der festen Überzeugung, daß wir dahin kommen werden.

Dann die Bismarckfrage. Ich wundere mich nicht über Ihr Urteil. Ein französisches Schulbuch, das mir vorliegt, nennt ihn einen tüchtigen, aber „skrupellosen“ Minister, „der den Krieg gegen Frankreich wünschte, um Deutschland zu einigen.“ So einfach liegen die Dinge nun nicht. Unsere Großväter und Väter sind ihm nicht minder gram gewesen, weil er ihnen ihren Herzog nicht geben wollte. Ich habe den Eindruck, daß er sich durchaus mit der Gesamtstaatsverfassung zufrieden gegeben hätte, wenn er nicht von der Stimmung in Deutschland gedrängt worden wäre. Wir werden aber in einem Briefwechsel unsere auseinandergehenden Meinungen über ihn wohl nicht zusammenführen können. Auch „die Gelehrten“ sind sich über ihn noch nicht einig.

Bei der Schaffung eines für deutsche und dänische Schulen gleich brauchbaren Geschichtsbuches müßten wir freilich über diese Dinge ein Urteil finden, das für beide tragbar ist.

Im übrigen erfahre ich, daß die Arbeitsgemeinschaft deutscher Lehrgewerkschaften bereits die Angleichung deutscher und dänischer Geschichtsbücher in Verbindung mit dänischen Schulmännern in Angriff genommen hat. Ich glaube, es ist richtig, daß wir das Ergebnis dieser Arbeit abwarten, bevor wir etwas anderes anfangen.

Und ob Dänemark die Lage von heute ausnützt? Ich schrieb Ihnen schon, ich kann verstehen, was geschieht, und glaube nicht, daß Deutschland anders gehandelt hätte. Bismarck freilich war nationalen Regungen gegenüber skeptisch und vorsichtig. Lübkes Geschichte ist noch nicht geschrieben.

Ich würde mich freuen, wenn wir bald Gelegenheit haben könnten, die vielen Fragen, die uns bewegen, einmal hier oder anderswo gründlich zu besprechen.

Mit freundlichen Grüßen verbleibe ich Ihr sehr ergebener

D. Hansen

2. Im Gespräch . . .

Herr Nydahl war gebeten worden, in der dänischen Volkshochschule in Jarup- und über die nationalen Verhältnisse in Südschleswig zu sprechen und die deutsche Sicht darzustellen. Das Referat hatte Herr Bøgh-Andersen, Rektor an einer dänischen Schule in Flensburg. Die Teilnehmer hatten den Eindruck, daß man in der gegenseitigen Verständigung ein Stück weitergekommen ist. Nydahl ist gebeten worden, auf einer Tagung des dänischen Jugendvereins in Kollund wieder das Wort zu nehmen. Es ist keine Frage, daß solche Aussprachen dazu beitragen, Vorurteile aus dem Weg zu räumen.

Wie ich im letzten Grenzfriedensbrief schon mitteilte, hatte ich im August in Magleaaas vor dänischen Studenten einen Vortrag über Südschleswig zu halten. Magleaaas ist eine moderne, aufs schönste eingerichtete Volkshochschule in wunderbarer Gegend zwischen Wald und Wasser in Nordseeland. Es handelte sich bei den Teilnehmern um dänische Studenten aus Südschleswig. Doch waren auch einige Hörer aus Kopenhagen darunter. Herr Dr. Koopmann-Tingleff, sprach als Vertreter der deutschen Minderheit in Nordschleswig zuerst, und zwar über „das Schleswigsche“. Er wies in seinem Vortrag vor allem auf die Bedeutung der Heimat in der Auseinandersetzung der Völker hin. Ich legte die Grundlinien deutscher Kulturarbeit im Grenzlande dar. Aus dem mir jetzt vorliegenden Bericht geht hervor, daß man sich besonders für unsere Ansichten über den nationalen Gesinnungswechsel und für meine Stellung zur Abstimmung interessierte. Es entwickelte sich eine lebhafte Aussprache, die leider zu früh abgebrochen werden mußte, aber ohnehin einen Ausgleich der Meinungsunterschiede wohl nicht erbracht hätte.

Ich darf mir aber wohl gestatten, hier mitzuteilen, was der Leiter der Arbeitsgemeinschaft mir in diesen Tagen schrieb: „Wir sind Ihrem Vortrag mit dem allergrößten Interesse gefolgt, und Sie dürfen versichert sein, daß wir erlebt haben, daß es möglich ist, mit „Gegnern“ in guten Kontakt zu kommen.“

Er verbindet damit, die Einladung zu einer übervolklichen Tagung in Hamburg, wo außer mir auch Herr Nydahl sprechen wird.

Wir hoffen, daß es auf diese Weise gelingen wird, dem Ausgleich näher zu kommen.

3. Die Presse berichtete,

daß dänische Minister Südschleswig besuchten und auch eine Reihe dänischer Schulen besichtigten,

daß Landesdirektor Dr. Kracht zu Informationszwecken in Nordschleswig weilte und dem Kieler Kabinett über das Ergebnis dieser Reise Bericht erstattete. Wir nehmen an, daß er sich über die Not der deutschen Schulen dort hat unterrichten lassen.

Wir hätten uns gefreut,

wenn die Presse hätte berichten können:

„Der dänische Unterrichtsminister und der Justizminister besuchten mit ihren Sachbearbeitern für Minderheitenfragen Nordschleswig und ließen sich von dem Vorsitzenden des Bundes deutscher Nordschleswiger und von dem Leiter

des deutschen Schulvereins die Wünsche der Minderheit vortragen. Sie stellten ihnen in Aussicht, daß die beschlagnahmten Schulen, die nicht aus Mitteln der dänischen Nationalbank finanziert worden sind, spätestens bis zum 1. April 1952 zurückgegeben würden, ferner, daß die früheren deutschen Gemeindeschulen demnächst wieder eröffnet werden . . .“

und wenn sie hätte berichten können :

„Landesdirektor Dr. Kracht, der die Betreuung der Minderheit in eigene Hand genommen hat, empfing heute die Vertreter der dänischen Minderheit und stellte ihnen die Errichtung öffentlicher Minderheitenschulen überall da in Aussicht, wo die Eltern von mindestens 20 schulpflichtigen Kindern es wünschen. Er versprach ihnen weiter, daß es seine unbedingte Absicht sei, der Minderheit dieselben Rechte zuzubilligen wie der Mehrheit.“

Leider hat man solches in der Presse nicht lesen können, sondern der eine Staat sorgt für die Minderheit des andern, und dabei scheint es, als ob die Grenze tatsächlich überwunden wäre. Der Ton der Meldungen klingt aber mehr nach Aufmarsch hinter den Fronten als nach Friedensglocken. Wie würde man sich bei uns verhalten, wenn der Landrat eines Kreises dienstliche Funktionen in dem eines andern ausüben würde?

Beide Völker sind so ins nationalstaatliche Denken hineingeglitten, daß sie den Weg hinaus nicht finden können.

Wir fordern Minderheitenfürsorge vom Staat, und von der Minderheit Staatstreue. Man kann ein guter Deutscher sein und trotzdem ein aufrechter dänischer Staatsbürger, und umgekehrt. Beides wird freilich erleichtert, wenn die Staaten in Achtung und Freundschaft einander gegenüberstehen. Daß der deutsche Bundespräsident und der ehemalige dänische Staatsminister an einem Abend der Kieler Woche von dem selben Rednerpult aus zu Schleswig-Holstein sprachen, mag ein verheißungsvolles Zeichen sein.

4. Wir veranstalten

- am 7. 10. eine Schulungstagung für Arbeitervertreter in Westerland.
- am 26. 10. einen Vortragsabend im Deutschen Haus in Flensburg zusammen mit der Lehrgewerkschaft und der Pädagogischen Hochschule Mürwik. Es spricht Senator Landahl, Hamburg über „Lehrerausbildung und Grenze“.
- am 26. 10. einen Vortragsabend im Nissenhaus in Husum. Es spricht Professor Scheel, Schleswig über „den Widerstreit übernationaler Ordnung und nationalstaatlicher Idee vor 100 Jahren“.
- am 23. 11. im Gewerkschaftshaus in Flensburg einen Vortragsabend. Es spricht Professor Schiller, Hamburg.
Der Unterzeichnete wird an verschiedenen Orten innerhalb von Volkshochschulveranstaltungen über Grenzfragen in Vergangenheit und Gegenwart sprechen.

Detlef Hansen

DRUCKSACHE

Herrn

Hans Walter Clausen

**Bund für deutsche Friedensarbeit
im Grenzlande e. V.
(Grenzfriedensbund)**

24b

Husum

Bredstedter Chaussee

HUSUM, Brinkmannstr. 29 · Fernruf 425

29